

Haushaltsrede der SPD-Fraktion  
zur Verabschiedung des Haushaltes 2010  
der Gemeinde Rommerskirchen  
gehalten am 18. März 2010

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Rates,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

Es vergeht derzeit wohl kaum ein Tag, an dem man in den Medien nicht auf die katastrophale finanzielle Situation der Städte und Kommunen aufmerksam gemacht wird. Allein 2010 wird hier insgesamt ein Rekorddefizit von 12 Milliarden Euro erwartet.

In vielen anderen Städten und Gemeinden spüren die Bürgerinnen und Bürger die Auswirkungen der Haushaltsdefizite bereits hautnah durch Schließungen öffentlicher Einrichtungen, beim Besuch maroder öffentlicher Gebäude oder auch am desolaten Zustand der Straßen.

Die Präsidentin des Deutschen Städtetages, die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth, sagte zur gegenwärtigen Situation: „Die Folgen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise werden 2010 in den Kommunen immer stärker spürbar. Ein Teil der Städte steht vor dem Kollaps und droht handlungsunfähig zu werden. Dort ist die im Grundgesetz garantierte kommunale Selbstverwaltung in Gefahr.“

Frau Roth fordert daher für die Kommunen ein im Grundgesetz verankertes Anhörungsrecht im Gesetzgebungsverfahren. Ihre durchaus treffende Begründung hierzu: „Nur so kann verhindert werden, dass sich Bund und Länder immer zu Lasten der Kommunen verrechnen, wenn es um kosten-trächtige Aufgaben geht.“

Auch an unserer Gemeindegrenze macht die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise leider nicht halt. Zwar hat die Verwaltung es noch einmal geschafft einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, doch kann unser gemeinsamer Wille zum sparsamen Umgang mit den knappen finanziellen Ressourcen nicht das auffangen, was uns von anderer Seite weniger zugewiesen oder gar zusätzlich weggenommen wird.

So langt der Landrat, unterstützt durch seine willfährigen Schergen der CDU-Kreistagsfraktion, nahezu routinemäßig immer kräftiger in unsere Gemeindekasse. Allein die Erhöhung der Kreisumlagen beläuft sich auf rund 180.000 Euro.

Mittlerweile gehen aus dem Gemeindehaushalt über 6,2 Millionen Euro direkt an den Kreis. Seit 2001 bedeutet dies eine Steigerung von knapp 1,8 Millionen Euro bzw. satten 40 %. So nimmt der Kreis viel von Rommerskirchen - im Gegenzug dazu wird aber für die kleinste Gemeinde des Rhein-Kreises nur das nötigste getan.

Dem Landrat stände gut zu Gesicht mal selbst den Rotstift in die Hand zu nehmen oder zumindest die aktuelle Krise verstärkt über die weitestgehende Nutzung der noch gut gefüllten Ausgleichsrücklage abzufedern.

Mehr als unerfreulich auch das Verhalten der Landesregierung in NRW unter Ministerpräsident Jürgen Rüttgers. So werden den Kommunen erhebliche Erstattungsansprüche aus zuviel gezahlten Beiträgen für den Solidarpakt Ost versagt. Allein auf Rommerskirchen entfielen ein Betrag von rund 754.000 Euro, der uns in der gegenwärtigen Situation entsprechend wohlthuend entlasten könnte.

Es wird zudem interessant sein, wie lange wohl die aktuelle Läuterung des Ministerpräsidenten und Stv. CDU-Bundesvorsitzenden anhalten wird, dass ihm das Wohl der Kommunen wichtiger ist, als Steuerentlastungen. Ein Schelm, der hierin lediglich Wahlkampfaktik sieht.

Zurück nach Rommerskirchen, wo wir uns vor allem auf uns selbst und unsere eigenen Stärken verlassen müssen. Auf auswärtige Hilfe kann man zusätzlich hoffen, allein darauf verlassen wäre wohl töricht.

Im Vergleich zu den Nachbarkommunen zeichnen die Rahmendaten im vorliegenden Haushalt noch ein durchweg zufriedenstellendes Bild: Dem Vermögen in Höhe von gut 71 Millionen Euro steht ein Schuldenstand von knapp 4 Millionen Euro gegenüber. Auch sieht der aktuelle Entwurf keine Kreditermächtigung vor. Ein solch solider Stand würde den allermeisten anderen Kommunen wohl auch im Rhein Kreis Neuss zur Zierde gereichen.

Die SPD-Fraktion ist froh darüber, dass auch für 2010 gravierende Einschnitte im vorhandenen Leistungskatalog der Gemeinde nochmals vermieden werden können. Dies gilt vor allem auch für die so wichtige kommunale Aufgabe im Handlungsfeld Erziehung und Bildung. Erfreulich aber auch, dass die Belastung der Bürgerinnen und Bürger durch kommunale Steuern und Gebühren auf Vorjahresniveau gehalten werden kann. Hier reagieren andere Kommunen, getrieben aus der schieren Not, durchaus anders.

Richtig auch der Ansatz, dass man selbst in schlechten Zeiten das Investieren nicht vergessen darf. Hierfür sieht der Haushalt Investitionsmittel von insgesamt 3,3 Millionen Euro vor. Diese, aber auch die noch vorhandenen zusätzlichen Mittel aus dem Konjunkturpaket II helfen dabei, die Zukunftsfähigkeit unserer Gemeinde zu erhalten. Stillstand wäre hier gleichbedeutend mit beginnendem Verfall. Dem ist mit aller Entschiedenheit zu begegnen.

Die SPD-Fraktion begrüßt daher auch die in den Haushaltsberatungen entwickelte Idee zur Schaffung eines Grünflächenfonds ausdrücklich. Mit dessen Hilfe können zusätzliche ökologische Projekte entwickelt werden, die zudem auch der Naherholung dienen und zwar ausdrücklich vor allem orts- und bürgernah. Dies verbessert die Lebensqualität und rechtfertigt auch den Einsatz der hierfür notwendigen finanziellen Mittel. Absicht ist, diese aus einem kleinen Prozentanteil von Erlösen aus Grundstücksverkäufen zu gewinnen. Hier gilt es nunmehr zeitnah die notwendigen offenen Detailfragen abzustimmen.

Trotz der intensiven Sparbemühungen der Verwaltung betrug die strukturelle Deckungslücke im Haushaltsentwurf immerhin noch 1,9 Millionen Euro. Um diese Summe durch die Anhebung der Kreisumlagen und dem Ausbleiben der uns zustehenden Erstattungsbeträge des Landes nicht noch weiter ansteigen zu lassen, müssen die Erträge aus Grundstücksabverkäufen intensiviert werden.

Mit dem Verkauf von Bauflächen hat die Gemeinde bereits seit Jahren das strukturelle Defizit erfolgreich minimieren können. Auch für 2010 sind hier erneut erhebliche Einnahmen fest eingeplant.

Zusätzliche Möglichkeiten bieten hier die kurzfristig zu realisierenden Verkäufe von Grundstücken am Lerchenweg und an der Martinusstraße in Nettlesheim. Derartige Optionen sind aus unserer Sicht zwingend zu nutzen, da sie die bestehende Bebauung vor Ort harmonisch abrunden und gleichzeitig aus vorhandenem Grundbesitz ein erheblicher Mehrwert für die Aufgabenbewältigung der Gemeinde generiert wird.

Ein zentraler Baustein unserer Politik muss die weitere Stärkung des Wirtschaftsstandortes Rommerskirchen bleiben. Wir brauchen noch mehr Arbeitsplätze innerhalb des Gemeindegebietes und vor allem weiter steigende Gewerbesteuerereinnahmen. Hier können und dürfen wir in unseren erfolgreichen Bemühungen nicht nachlassen.

Jedwede Maßnahme die hilft, die Deckungslücke zwischen Erträgen und Aufwendungen so klein wie möglich zu halten, gehört geprüft, priorisiert und schnellstmöglich auch umgesetzt. Ohne zusätzliche Einnahmen droht unweigerlich der einsetzende Vermögensverzehr durch Griff in die Allgemeine Rücklage der Gemeinde.

Jeder der hier im Rat bei entsprechenden Entscheidungen hadert, muss wissen, dass damit auch in Rommerskirchen die Haushaltssicherung mit weitestgehender Fremdbestimmung droht. Von da bis hin zur Schließung des Hallenbades, zu maroden KiTas, Schulen und Sportstätten, aber auch feh-

lender Zuschüsse fürs Vereinsleben ist es dann nur noch ein kurzer Weg. Verhältnisse wie in manchen Städten und Kommunen, bei denen das Lokalradio nicht nur vor Geschwindigkeitskontrollen sondern auch vor tiefen Schlaglöchern auf den Straßen warnt, sollten wir uns selbst ersparen.

„Gut gemeinte“ Vorschläge aus dem Wahlkampf, nachdem mit rund 290.000 Euro aus dem Konjunkturpaket gleich zwei Kunstrasenplätze für unsere Fußballer zu schaffen wären, helfen jedoch hierbei nicht. Heute wissen wir, dass wir hier von Projekten in einer Größenordnung von ca. 1,5 Millionen Euro reden! Wie gut es doch ist, dass unsere Bürgerinnen und Bürger ein untrügliches Gespür dafür haben, wem sie die Geschicke der Gemeinde mit gutem Gewissen anvertrauen können und wem eben nicht!

Hinsichtlich der Kunstrasenplätze sei an dieser Stelle angemerkt, dass hier und heute mit dem Haushalt 2010 auch über die Bereitstellung von Planungsmittel in Höhe von 25.000 Euro entschieden wird. Der Rat steht damit auch ohne die CDU-Fraktion und trotz der sehr angespannten Haushaltslage nachdrücklich zu den erst im Dezember gemachten Aussagen. Die Realisierung derartiger Großprojekte kann aber nur gelingen, wenn alle Beteiligte zusammen für den Erfolg arbeiten und auch die Lasten gemeinsam schultern. Schade wenn die zweit größte Fraktion dieses Hauses sich hier verweigert!

Abschließend danke ich im Namen der Fraktion unserem Bürgermeister Albert Glöckner, dem Kämmerer Hermann Schnitzler und dem gesamten Verwaltungsteam für die kooperative Zusammenarbeit in den letzten Monaten. Dank aber auch an die Kolleginnen und Kollegen des Rates, die trotz durchaus unterschiedlicher politischer Standpunkte, vor allem das Wohl der Gemeinde im Fokus ihres Denkens und Handelns haben. Leider gehört die CDU-Fraktion offensichtlich nicht mehr dazu, gefällt sie sich doch derzeit besser in der Rolle einer Fundamental-Opposition. Kein einziger Beitrag zur Konsolidierung, kein Vorschlag zur Bewältigung der bestehenden Herausforderungen während der gesamten Haushaltsberatung. Das ist sicher zu wenig für Kommunalpolitiker die ernst genommen werden wollen. Verletzte Eitelkeiten oder auch persönliche Einzelinteressen sollten hier nun wirklich keine Rolle spielen.

Die SPD-Fraktion jedenfalls wird dem Haushaltsentwurf mit den entsprechend vorgenommenen Änderungen zustimmen. Alle weiteren Fraktionen bitte ich darum, gemeinsam mit uns die Verantwortung für den Fortbestand der kommunalen Selbstbestimmung in unserer Gemeinde zu tragen. Für die erfolgreiche Zukunft unserer Gemeinde brauchen wir die gesamte Tatkraft der Verwaltung, des Rates und auch der Bevölkerung.

Für uns alle bleibt schlussendlich die Hoffnung, dass man in Düsseldorf und Berlin begreift, dass man zusätzliche, kostenintensive Aufgaben nur dann formulieren kann, wenn man auch die entsprechenden finanziellen Ressourcen hierzu bereitstellt. Der derzeit stattfindende Prozess des Nachdenkens im Sinne der Kommunen muss nicht nur intensiv fortgeführt werden, sondern auch zeitnah zu greifbaren Ergebnissen führen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit